

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Müldersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
Postfach-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schiffleitung:

Berlin O, Müldersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pfg., Reklame 1,80 M.

Nummer 50.

Berlin, den 10. Dezember 1911.

12. Jahrgang.

## Kollegen, unterstützt mit allen Kräften die ausgesperrten Tabakarbeiter.

Der Kampf in der westfälischen Tabakindustrie tobt mit aller Schärfe weiter, so daß man auf einen baldigen Frieden nicht rechnen kann. Noch selten ist ein Kampf durch die Unternehmer so rücksichtslos vom Zaun gebrochen, wie in diesem Falle. Der Kampf muß gewonnen werden, die Tabakarbeiter sind eine der schlechtbezahltesten Arbeitergruppen.

**Kollegen, unterstützt daher die kämpfenden Tabakarbeiter in weitgehendstem Maße.** Die Tabakarbeiter in Westfalen haben bei unserer Aussperrung nach Kräften getan, was sie konnten, im Verhältnis sogar mehr wie andere besser bezahlte Berufe.

Die Tabakarbeiter in Westfalen haben energisch die Agitation in ihren Bezirken für alle christl. Gewerkschaften, besonders für unseren Verband, betrieben. Wenn wir im Minden-Ravensberger Lande eine stattliche Zahl Mitglieder haben, dann haben wir dieses zum großen Teil der Hilfe und Unterstützung unserer Tabakarbeiter zu verdanken.

Im **Minden-Ravensbergerland** sind heute 8-9000 christl. Gewerkschaftler organisiert, Tausende sind noch zu gewinnen. Sie werden gewonnen, wenn wir den Tabakarbeitern helfen, den Kampf gewinnen, damit auch die Unorganisierten sehen, was durch die Solidarität der christlichen Arbeiter in ganz Deutschland erreicht werden kann. Darum tue jeder Kollege unseres Verbandes seine Pflicht.

## Friedensworte.

II

In unserem ersten Artikel haben wir auseinandergesetzt, daß unsere veränderte Behandlung des sozialdemokratischen Terrorismus gegen unsere Mitglieder lediglich in dessen Ueberhandnahme und der dabei zutage tretenden Brutalität zu suchen sei. Der „Grundstein“ sucht die Gründe dafür anderwärts, nämlich in der verschärfsten politischen Gegensätzlichkeit zwischen uns und der Sozialdemokratie. Die Führer der christlichen Gewerkschaften stellen sich schüßend vor Konservative und Zentrum, die beide für die heutige Politik verantwortlich seien, deren schärfste Bekämpfung er für geboten erklärt.

Zu dieser Auffassung kann unserer Meinung nach nur jemand gelangen, dem jeder Sinn für die Grenzen gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit verloren gegangen ist, der auch nicht das allergeringste Verständnis für die historische Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Verhältnisse Deutschlands hat. Oder wenn er das hat, zeigt er es nicht, weil er dann gegen seinen Willen die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften nachweisen würde. Letztere sind politisch neutral, davon hängt ihr Sein oder Nichtsein ab. Nun kommt die Quinzensanz. Weil die „freien“ Gewerkschaften selbst nicht politisch neutral sind, sich vielmehr auf Gedeih und Verderb der sozialdemokratischen Partei veranschreiben haben, verteidigen sie nicht nur deren unsinnige, die Arbeiter aufs schwerste schädigende Politik, sondern sie stellen diese direkt in den Dienst ihrer gewerkschaftlichen Agitation und der Bekämpfung jeder anderen gewerkschaftlichen Richtung. Alle gesetzgeberischen Aktionen, die nicht im Sinne der Sozialdemokratie erledigt werden, werden zu Angriffswaffen gegen die nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften umgeschmiedet, ja zeitweilig hat es den Anschein, als seien nur diese und nicht die politischen Parteien die eigentlichen Verantwortlichen. Insbesondere richten sich derartige Angriffe gegen die christlichen Gewerkschaften, was noch seinen besonderen Grund hat. Diese, als die stärkste nichtsozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung, stellt sich den sozialdemokratischen Absichten und Plänen breit in den Weg. Trotz aller wüsten Bekämpfung hat sie sich kräftig vorwärts entwickelt. Sie hat sich einen kräftigen Resonanzboden in der noch christlich denkenden Arbeiterklasse erblickt, hat sich einen starken Einfluß im Wirtschafts- und Staatsleben gesichert, eine Reihe ihrer Führer ist von ihren jeweiligen Parteien, denen sie angehören, in die gesetzgebenden Körperschaften entsandt. Weil sie den stärksten Wall gegen die Sozialdemokratie bildet, darum richtet sich der Hauptsturm derselben und der mit ihr verbündeten freien Gewerkschaften gegen sie.

Der Kampf, um auf den Einwurf der verschärfsten politischen Gegensätzlichkeiten einzugehen, den die Sozialdemokratie und die „freien“ Gewerkschaften mit der Reichs-

finanzreform gegen die christlichen Gewerkschaften geführt hat, war schlechterdings nicht mehr zu überbieten. Er wurde inszeniert, um uns gewerkschaftlich Abbruch zu tun. Die unerhörtesten Angriffe wurden gegen uns geschleudert, eine geradezu wahnsinnige Heze entfaltet. Ja, glaubt denn der „Grundstein“, daß wir uns das geduldig gefallen lassen sollen, und empfindet er nicht die ganze Lächerlichkeit seiner „Gewissensfrage“, die doch nicht anders ausgelegt werden kann, als daß sich christliche Gewerkschaftsführer nur nach den Anweisungen der Sozialdemokratie zu richten haben? Tun sie das nicht, stellt ihnen der „Grundstein“ die „Gewissensfrage“, ob sie dann die zu erwartenden Angriffe der Sozialdemokratie verantworten könnten. Nein, das können diese nicht, diese Verantwortung hat sie selbst zu tragen. Sie muß sich überlegen, was sie tut, ebenso aber auch uns überlassen, was wir tun. Uns will bedünken, daß nur lächerlicher Ueberhebung solcher Gedanke überhaupt entspringen konnte. Wir sollen nichts getan haben, was eine friedlichere Stimmung herbeigeführt, kein besänftigendes Wort gesprochen haben. Nein, das haben wir auch nicht, und schon deshalb nicht, um uns vor falschen Ausdeutungen durch die rote Presse zu bewahren. Wir wissen nur zu genau, daß auf jeden roten Schelmen anderthalbe von uns gefest werden müssen. Mit guten Worten ist der Sozialdemokratie nicht beizukommen, sondern nur durch die Macht der Tatsachen. Das ist unser Rezept, und nur nach diesem handeln wir. Wenn der „Grundstein“ meint, wir erblickten in der Sozialdemokratie die schlimmsten Feinde der christlichen Gewerkschaften, so hat er damit recht. Tatsächlich haben wir keine schlimmeren. So niedrig beschmutzt, beschimpft, begeistert und brutal vergewaltigt sind wir noch von niemand geworden, wie von dieser Seite. Wir erinnern an die 30000-Mark-Affäre, daran, daß bei dem kürzlich stattgefundenen Wolf-Prozess diesen von der Sozialdemokratie ein Rechtsanwalt gestellt wurde, daran, daß in Berlin an einem Bau „frei“ organisierte Bauarbeiter von dem Polier die Entlassung seines christlich organisierten Vaters erzwingen; ferner wurde erst wiederum am 3. Oktober d. J. in Nürnberg unserm Mitglied Lang von dem am Bau arbeitenden „Genossen“ ein von ihnen verfertigtes Kreuz in nicht wiederzugebender Weise an seinem Platz in der Hube aufgestellt. Diese, von tausenden Schandtatzen nur herausgerissenen ereigneten sich vor der jeglichen scharfen politischen Kampfstellung, die Nürnberger Gemeinheit hat wohl in dem die Sozialdemokratie befehlenden Christentumshaf seinen Grund. Solange die Sozialdemokratie und die mit ihr verbundenen „freien“ Gewerkschaften nicht zu anderen Kampfsmagazinen übergeht und ihre Mitglieder in anderem Sinne erziehen, ist eine Milderung nicht zu erwarten.

Wo stellen sich die christlichen Gewerkschaften schüßend vor Konservative und Zentrum? Das soll man uns nachweisen. Das ist nicht unsere Aufgabe, liegt vielmehr außerhalb des unserer gewerkschaftlichen Arbeit gezogenen Rahmens. Zudem werden jene Parteien doch wohl selbst in der Lage sein, die sozialdemokratischen Angriffe abzuwehren. Es wäre uns gar nicht eingefallen, die von hochpolitischen Momenten getragene Reichsfinanzreform in den Kreis unserer Erörterungen zu ziehen, wenn nicht eben die Sozialdemokratie damit einen vernichtenden Schlag gegen uns zu führen gedachte. Und wie war unsere Abwehr, die zu einem gründlichen Fiasko der sozialdemokratischen Heze führte? Nicht eine einzige spezielle Steuerart haben wir verteidigt, sondern nur die Finanzreform als Ganzes, ihre Notwendigkeit im wirtschaftlichen und nationalen Interesse Deutschlands. Darüber bestand nirgends ein Zweifel, auch bei der Sozialdemokratie nicht. Aber, so schrieb die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Nummer 213 von 1909:

„Seit wann haben wir denn dem bestehenden System Geldmittel zu beschaffen? Die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse daran, daß die Finanzreform zustande kommt. Sie hat im Gegenteil alles Interesse daran, daß der Finanzammer chronisch wird. Schließlich ist eine derartige Verweigerung der Einnahmen nur eine Konsequenz der Verweigerung der Ausgaben, wie sie durch den Nürnberger Beschluß erst in dem vorigen Jahre als der Wille der Partei ausgesprochen worden ist.“

Daß dieses die Ansicht aller sozialdemokratischen Kreise war, dafür können wir den weitesten Beweis antreten. Der Sozialdemokratie war nur darum zu tun, durch einen großen Wirrwarr eine Reichstagsauflösung zu erzwingen, um die im Jahre 1907 erlittene Niederlage auszuweichen. Es stimmte sie nicht im geringsten, daß damit die Reichsfinanzreform um ein weiteres Jahr hinausgeschoben wurde, daß Handel und Wandel sich in der unsichersten Lage befanden, daß das Reich hundert Millionen neuer Schulden machen mußte und sein Ansehen in der Welt geschwächt wurde. Wenn nur ihr Parteinteresse nicht zu kurz kam. Unser vorjähriger Kampf hätte ohne Erledigung der Reichsfinanzreform im Jahre 1909 ohne Zweifel nicht den günstigen Ausgang genommen, da das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands durch deren Hinausgeschobung schweren Erschütterungen ausgesetzt gewesen wäre. So war die Konsolidierung vollzogen, und das erleichterte uns den Erfolg.

Gegen diese Haltung der Sozialdemokratie richtete sich unsere ganze Stoßkraft, und sie war, das können wir konstatieren, von erfreulichstem Erfolg begleitet. Die Reichsfinanzreform hat den christlichen Gewerkschaften kein Mitglied gekostet, im Gegenteil: sie sind seit 1909 von 280 000 auf 360 000 Mitglieder gestiegen. Die rote Heze war somit der Geist, der das Böse will, aber nur das Gute schafft. Im Schlafe konnten die christlichen Gewerkschaften das freilich nicht erreichen, sondern nur dadurch, daß sie kräftig zuschlugen. Und das ist's, was die Sozialdemokratie am meisten schmerzt.



Das halte fest: bei hellem Sonnenschein  
Ist's leichte Kunst, getrosten Muts zu sein,  
Doch ob ein Menschenherz ist stark und groß  
Das zeigt sich erst bei einem schweren Los.

K. Teilmann.



## Der Alkoholgenuß in Ostpreußen.

Es ist wohl allgemein bekannt, daß gerade in den östlichen Provinzen der übermäßige Genuß des Alkohols in den einzelnen Schichten der Bevölkerung, besonders aber in den Arbeiterkreisen, ungeheuren Schaden anrichtet und fast täglich seine Opfer fordert. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat in den einzelnen Orten, wo sie eindringen konnte, schon sehr viel für die Bekämpfung des Alkohols getan, kann jedoch naturgemäß auf diesem Gebiete nicht das leisten, was notwendig wäre. Sie begrüßt es daher mit Freude, daß in der letzten Zeit die Abstinenzvereine der verschiedensten Richtungen auf diesem Gebiete bahnbrechend vorgehen, um diese Wurzel sozialen Übels auszurotten. In der letzten Woche hat sich in Königsberg, gelegentlich der höchsten Festwoche in einer Versammlung der Synodalvertreter für innere Mission, auch diese mit der Alkoholnot befaßt. Herr Pastor Kern hielt hierüber das einleitende Referat, zu welchem er sich durch sorgfältige Umfragen einwandfreies Material verschafft hatte. Dieses Bild ist natürlich gerade für die Bestrebungen der Gewerkschaften kein erfreuliches. Die Alkoholnot ist groß, aber nicht nur unter den Männern, sondern, wie in Litauen und Majuren, auch unter den Frauen. Der meiste Schnaps würde natürlich in den Kneipen, Gasthäusern und Destillationen getrunken. In welcher großer Zahl diese Schankstellen in Ostpreußen vertreten sind, ist geradezu ungläublich. Hierfür ein Beispiel von einer kleinen Stadt Schippenbeil mit 2369 Einwohnern. Auf 25 erwachsene männliche Personen kommt hier eine Schankstätte. Fast sämtliche Materialwarengeschäfte sind mit Schankstätten verbunden. Die Schuld an diesen traurigen Zuständen ist so mannigfacher Art, daß sie aufzuzählen hier in diesem Rahmen unmöglich ist. Aber soweit solche Mängel auch die Gewerkschaften angehen, wollen wir sie nicht unerörtert lassen. Pastor Kern bezeichnete u. a. auch die Sonnabend- und Vornachmittag, die fast noch allgemein in Ostpreußen üblich ist, als eine Hauptschuld am härteren Alkoholgenuß. Die Gewerkschaften haben dieses längst eingesehen, und haben daher bei jeder Vorkonferenz, insbesondere soweit solche von unserem Verbandsverbande geführt wurden, die Lohnzahlung auf einen anderen Tag, als des Sonnabends, verlangt. Die Unternehmer jedoch, selbst in der Residenz Königsberg, waren hierfür nicht zu haben. Weiter wurde eine wesentliche Schuld dem Wochentage angeschlossen. Dieses bestehe nicht nur in größeren Städten, sondern auch in den kleinen und auf dem platten Lande. Oft schon wurden in unseren Jahresberichten die trostlosen Zustände im Wohnungswesen und besonders in den kleinen Städten geschildert. Leider bezieht unsere Arbeiterklasse zu 80 Prozent kein Bedürfnis für bessere Wohnungen, und warum? Weil der Alkohol keine höheren Lebensansprüche an den Menschen zuläßt und ihn auch vom Nachdenken fernhält. Auch das Unmüden wurde hervorgehoben, hiervon wissen besonders die Gewerkschaften ein Vieles zu sagen. Denn nicht nur, daß für eine dumpe Stube 3-5 M. Miete für ein paar Stunden bezahlt werden müssen, nein, es muß auch noch tüchtig getrunken werden. Geschicht dieses nicht, und hält der Referent während seiner Anwesenheit davon ab, so wird das Solal das nächste Mal nicht mehr zur Verfügung gestellt.

Ein nicht fortzulassender Uebelstand ist ferner, daß in den Städten die Mädchen sehr oft aus der Fabrik heraus heiraten und so sehr wenig vom Wochentage und der Wirtschaft verstehen, dieserhalb den Mann nicht an das Heim zu fesseln wissen. Hauswirtschaftliche Fortbildungsschulen wären da jedenfalls sehr empfehlenswerte Einrichtungen. Wir pflichten diesem Mittel ganz besonders zu, und möchten die maßgebenden Stellen eruchen, hier bald Hand ans Werk zu legen. Ausflüchtend, vorbeugend und rettend wirken, wie schon angeführt, eine große Anzahl Abstinenzvereine, so die Baurkreuzvereine, deren Mitgliederbestand sich auf 300 Ortschaften verteilt. Ferner das katholische Kreuzbündnis, welches besonders in der letzten Zeit eine große agitatorische Tätigkeit entfaltet hat, der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und zahlreiche andere Vereinigungen. Die christlichen Gewerkschaften in Ostpreußen erkennen diese Tätigkeit dankbar an, weil sie wissen, daß die Lage des Arbeiterstandes eine immer verzweifeltere wird, wenn die Art nicht an die Wurzel gelegt wird. Auch die Bestrebungen welche in der Synodalversammlung zum Ausdruck kamen, werden von uns freudig unterstützt. Möchte man nur überall, auch an den maßgebenden Stellen, diese Tatsachen beachten. Unseren Verbandskollegen rufe ich bei dieser Gelegenheit zu: Fort mit dem Fusel, dem Verderber der Mensch-

Heißt er nicht Kulturfördernd, nicht berebernd, sondern...
Nicht der Arbeiter hinab in die Finsternis, in das Elend,
und dieses ist eines vorwärtsstrebenden christlichen Arbeiters
unwürdig.

Dass die Samstaglohnzahlung mit einer Reihe Nachteile
verbunden ist, sieht man allmählich auch in weiteren Kreisen
ein und bringt auf Abänderung. So hat, wie wir der „Nrh.-
W. Ztg.“ entnehmen, der Magistrat der Stadt Herford in
einem Rundschreiben an die dortigen Unternehmer die Bitte
gerichtet, den Samstag als Lohnstag auszuscheiden
und die Lohnzahlungen auf einen anderen Tag der Woche
zu verlegen. Die Bitte wird damit begründet, daß die Preis-
gestaltung auf den Wochenmärkten, auf denen hier für
die meisten Lebensmittel höhere Preise gezahlt werden als in
den Nachbarstädten, auf den Samstaglohnstag zurückzuführen
ist, weil sich dadurch fast sämtliche Käufe auf den ersten
Wochenlohnstag in der Woche zusammendrängen und durch die
starke Nachfrage die Preise in die Höhe getrieben würden.
Würde der Lohn schon am Donnerstag oder Freitag ausgezahlt,
so würden die Frauen vermutlich am Samstag einkaufen, statt
bis zum Dienstag zu warten. Auch im allgemeinen Interesse
erwies sich der Sonnabend noch zum Lohnstag wenig geeignet,
weil der Besitz des eben erhaltenen Geldes im Zusammenhange
mit der Aussicht, sich am folgenden Sonntag auszuholen zu
können, einen starken Anreiz bildet, am Samstagabend in
ergiebiger Weise dem Alkohol zu huldigen. Es wäre zu wünschen,
daß diese Auffassung bald Gemeingut aller werde. Damit
würde eine langjährige Forderung von uns verwirklicht.

Rundschau.

Neue Beitragsmarken in der deutschen Invaliden- und
Hinterbliebenenversicherung. Von der neuen Reichsversicherungs-
ordnung in Deutschland werden zunächst, am 1. Januar 1912, die
Bestimmungen über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung
in Wirksamkeit gesetzt werden; da mit der Neuregelung
der Invalidenversicherung auch mit der Angliederung der Hinter-
bliebenenversicherung eine Erhöhung der Beiträge verbunden
ist, müssen mit dem Inkrafttreten der Versicherung auch neue
Beitragsmarken eingeführt werden. Es wird erhöht der Wochen-
beitrag von 14 auf 16 Pf., der Wochenbeitrag von 20 auf
24 Pf., der Wochenbeitrag von 24 auf 28 Pf., der Wochenbeitrag
von 30 auf 36 Pf. und der Wochenbeitrag von 36 auf 48 Pf.
Die Erhöhung beträgt also ein Drittel bei den drei obersten Bei-
tragsklassen, ein Fünftel bei der vierten und ein Siebtel
bei der untersten Beitragsklasse. Während es bisher nur Wochen-
marken gab, sollen mit dem 1. Januar nächsten Jahres neben
den Wochenmarken auch noch Zweiwöchigen- und Dreiwöchigen-
marken verwendet werden können. Entsprechend den
Beiträgen wird es also in der untersten Beitragsklasse Marken
von 16 und 32 Pf. und von 2,08 und von 6,24 M geben. Für
die einzelnen Lohnklassen wurden folgende Farben bestimmt:
für Lohnklasse I (unterste Beitragsklasse) rot, für Lohnklasse II
blau, für Lohnklasse III grün, für Lohnklasse IV rotbraun
und für Lohnklasse V gelb. Die Zusatzmarken werden die
gleiche Farbe erhalten wie die anderen Beitragsmarken, aber
die doppelte Höhe. Nach dem 1. Januar 1912 sind nur noch
die neuen Beitragsmarken zu verwenden; und insofern als
nachträgliche Beitragsleistungen in Betracht kommen, müssen
noch alte Beitragsmarken verwendet werden. Deshalb sollen
die alten Beitragsmarken auch noch bis zum 30. Juni nächsten
Jahres in allen Postämtern abgegeben werden; nach dem
30. Juni werden die alten Beitragsmarken nur noch bei den
Versicherungsanstalten zu kaufen sein. Die alten Marken können
auch bis zum 31. Dezember 1913 unter Berücksichtigung der
veränderten Werte bei allen Marktwertverkaufsstellen umgetauscht
werden.

„Freie“ Gewerkschaften wegen Verweigerung zu den sozial-
demokratischen Wahlkreisen als politische Vereine erklärt.
Belanglos genießen die Gewerkschaften im allgemeinen die Vor-
rechte des Reichsvereinsgesetzes, indem sie als nichtpolitische
Vereine betrachtet werden. Daraus folgt, daß sie sich nicht mit
politischen Dingen beschäftigen dürfen. Nun ist ja hier eine
Ordnung zu ziehen immer sehr schwer und auch nicht immer
erkennbar. Eine eingehende Auslegung kann den verschiedensten
Organisationen recht große Schwierigkeiten bereiten. Be-
merkenswert ist eine Verfügung der Dresdener Polizei an
die hiesige Verbandssitzung der Brauerarbeiter, die an die
sozialdemokratische Wahlklasse 500 M abzuführen befohlen. Die
Verfügung lautet:

Dresden, 21. November 1911.

Nachdem der Verband der Brauer- und Mälzerarbeiter
und verwandter Berufsgenossen, hiesige Dresden, dem
sozialdemokratischen Reichstags-Wahlkreise
einen Betrag von 500 M überwiesen und damit
zu erstatten gegeben hat, daß er eine Einwirkung auf
politische Angelegenheiten bezweckt, befragt die
Königliche Polizeidirektion diesen Verein als politischen
Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes.
Der Vorstand des Vereins hat daher die in § 3, Absatz 2
des Reichsvereinsgesetzes vorgeschriebenen Verpflichtungen zu
erfüllen (Einreichung der Satzung und des Verzeichnisses der
Vorstandsmitglieder). Nach diesen Personen, die des 12. Febru-
ar noch nicht vollendet haben, nicht in dem Verein gebildet
werden (§ 17 des Reichsvereinsgesetzes).

Sie sollen diesen Verpflichtungen binnen 14 Tagen nach-
kommen.

Die königliche Polizeidirektion.

92. Kostig.

Sowas der Verband will gegen diese Verfügung den
Polizeibehörden beizubringen, auf dessen Auslegung man gespannt sein
kann. Jedenfalls ist es eine lästige Sache für den Brauer-
arbeiterverband, nachzuweisen, daß er mit den 500 M keine
Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt.

Was eine sozialdemokratische vermittelte Krankenkasse.
In der allgemeinen Ortskrankenkasse Mülheim (Ruhr) ist es
gelungen der sozialdemokratischen Verwaltung und den sozial-
demokratischen Mitgliedern zu einem großen Erfolg gekommen,
daß den allerschwersten ehemaligen Dinge aus Tageslicht kamen.
Da diese Dinge zu Tage kamen, können die verlassenen Ge-
werkschaften am 9. November werden nach einem Bericht
der „Mülheimer Zeitung“ (Nr. 263, 1911) schwerer Anklagen
gegen die Verwaltung erhoben.

Der Verband hat die Mitglieder wie immer heißen
Lobes, sagt ein sozialdemokratischer Genosse. Es sei eine
Schande, die Kollegen von Kollegen überhand nehmen zu
sehen. „Nicht nach unten, sondern nach oben.“ Subbel-
wunder und Wunder ist bei der Verwaltung eines Mannes
... der bestialisch gemordet worden sei, weil
er ein guter ... war. Bei dem Raub
und der Arbeitsverweigerung für ...
... man müsse auch da ...
... werden.“

Der Vorsitzende und andere Mitglieder der Verwaltung
werden die ... als ...
... untereinander ... - vielleicht ...

der Aufsichtsbehörde — wer recht hat, keinesfalls aber können
sie sagen, diese Vorwürfe seien von überhöflichen bürgerlicher
Seite erhoben worden. Und das ganze sieht wahrhaftig nicht
nach einer „Musterfasse“ aus, was die von Sozialdemokraten
verwalteten Krankenkassen doch angeblich sein wollen.

Zur Charakteristik der Gelben. Das Schöffengericht in
München hat, wie der „Deutsche Tabakarbeiter“, Nr. 23, 1911,
mitteilt, in einer Urteilsbegründung die Gelben folgendermaßen
gekennzeichnet: „Nach das Gericht geht von der Anschauung
aus, daß die Bezeichnung „Gelber“ oder Organisationszer-
splünderer eine Kundgebung der Mißachtung in sich begreift.
Unter Gelben wird eine Klasse von Arbeitern verstanden, die
auf das Koalitionsrecht verzichtet, es zugunsten gewisser Wohl-
tätigkeitsvereinigungen mit den Arbeitgebern hält; sie werden
als Unterdrücker der Rechte der Arbeiterschaft, als Heuchler und
Kriecher gehalten.“ Was wohl die Gelben zu dieser Charakte-
risierung durch ein Gericht sagen mögen? Wenn sie noch
ein wenig Standesbewußtsein hätten, würden sie den gelben
Vereinen so schnell wie möglich den Rücken kehren.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Offen (Fliesenleger) Sperre über die
Essener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft
Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des
Zwischenmeisters Seiser, Söln, für Plattenleger die
Zwischenmeister Geschen, Säbingshausen (Streit der Maurer
und Bauhilfsarbeiter), Duisburg, Fliesenleger (Sperre über
den Zwischenmeister Krüskan), Gollantsch (Sperre über Pawlitz)
wegen Maßregelung. Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk Köln.

Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe
am 16. November 1911.

Anwesend: Beigeordneter Dr. Fuchs, Vorsitzender; Dah-
mann und Barfels als unparteiische Beisitzer; Thiemann, Reu-
ter, Jögen, Lahmann, Gilson, Guibon, Gündgen, Schwind,
Hoemann vom Deutschen Arbeitgeberverband für das Bau-
gewerbe; Arens, Ruch und Kreibohm vom Deutschen Bau-
arbeiterverband; Lange, Becker, Himmerich, Schwarz und Hille-
brand vom Zentralverband christlicher Bauarbeiter; Janßen,
Schödel und Feuer vom Zentralverband der Zimmerer; Jir-
menich, Protokollführer.

Staffellöhne: a) in Aachen; b) in S.-Glabbach.
Da der Vertreter des Arbeitgeberverbandes S.-Glabbach
infolge Krankheit am Erscheinen verhindert war, wurde Punkt b
vertagt; er soll jedoch möglichst bald erledigt werden.

Über die in Aachen gezahlten Löhne lag eine Statistik
vor, welche von den Arbeitgebern aufgestellt ist. Die Vertreter
der Arbeitnehmer bezeichnen diese als nicht einwandfrei, weil
Poliere und sonstige besser bezahlte Arbeiter (Stoßgefellen)
darin aufgenommen worden seien.

Das Einigungsamt sprach sich nach eingehender Erörterung
der Angelegenheit dahin aus, daß es eine Entscheidung nicht
fällen könne, weil es dem Arbeitgeber überlassen sei, inner-
halb der gegebenen Grenzen die Löhne nach der Leistungsfähig-
keit festzusetzen.

Jedoch hat unter allen Umständen am 1. A. i. R. die
im Tarif vorgesehene Lohnsteigerung einzutreten, wenn es sich
um das gleiche Arbeitsverhältnis handelt.

Die Arbeitgebervertreter Hoemann und Reuter versprachen,
bei Erneuerung des Tarifvertrages darauf hinzuwirken zu wollen,
daß überall Einheitslöhne eingeführt werden, weil die Staffellöhne
immerfort zu Streitigkeiten Anlaß geben.

Die vorgelegte Statistik soll einer Nachprüfung unterzogen
werden. Ergibt sich hierbei ein ungünstiger Durchschnittslohn,
so wollen die Aachener Arbeitgeber für günstigere Verhältnisse
eintreten.

Zugehörigkeit des Ortes Rheindahlen.
Das Einigungsamt entschied dahin, daß Rheindahlen zum
Lohngebiet S.-Glabbach (Stadt- und Landkreis) gehört.

Streitige Stöcker in Mülheim a. Rhein.
Die Streitfrage wurde an die Schlichtungskommission, die
noch keine Entscheidung gefällt hat, zurückverwiesen.

Abschluß eines Tarifvertrages für Beldorf.
Nach der Entscheidung des Zentralarbeitsgerichts sind die
Parteien gehalten, an den Verhandlungen teilzunehmen. Diese
erklärten sich hierzu bereit.

Festsetzung von Zuschlägen für entfernt lie-
gende Baustellen für das Zimmergewerbe in
Mülheim a. Rhein.

Die Parteien trafen die folgenden Vereinbarungen:
Sofort Arbeiten in den Orten L.-verluisen, Beldorf, Rüper-
berg, Upladen, Schönbuch, Berg-Glabbach, Brül und Peil oder
darüber hinaus angeführt werden, ist für eine einmalige tägliche
Hin- und Rückfahrt Jahrgeld, sowie auch 0,60 M für Nacht-
essen zu vergüten.

Werden Arbeitnehmer von Mülheim a. Rhein nach Köln
geschickt, so erhalten sie ebenfalls das Jahrgeld für eine ein-
malige tägliche Hin- und Rückfahrt vergütet.

Vorliegende Angelegenheit werden nur dann gezahlt, wenn die
Arbeitsstelle mindestens 3 Kilometer von der Wohnung des
Arbeiters entfernt ist.

Bei auswärtigen Arbeiten, wo der Arbeiter übernachten
muß, werden pro Tag 2,50 M gezahlt. Ferner wird bei diesen
Arbeiten freie Hin- und Rückfahrt vergütet. Sind sie von
langerer Dauer und liegt eine größere Entfernung vor, so
werden weitere freie Hin- und Rückfahrten nach freier Ver-
einbarung gezahlt.

Mitteilungen.
Der Vorsitzende machte folgende Mitteilungen:
1. Die Streitfrage Rheindahlen (I. Protokoll vom 5.
5. 11) hat durch Zahlung des Betrages von 29,70 M ihre
Erledigung gefunden;

2. die am Einigungsamte beteiligten Organisationen, so-
wie der Sonderverband der Fliesen- und Straßbauarbeiter haben
sich damit einverstanden erklärt, daß in Streitfällen dieses
Gewerbes im Bezirk Aachen das Einigungsamt angerufen wer-
den kann;

3. der Gemeindeführer Bebenbach hat sich bereit
erklärt, den unparteiischen Beisitzer Barfels in Vertretungs-
fällen zu vertreten.

92.: Dr. Fuchs. 93.: Jirmenich.

Bezirk München.

Ueberrückung des Münchener Arbeitsmarktes. Amlich
wird bekanntgegeben: „Nach den Erfahrungen des Arbeitsamtes
ist der Arbeitsmarkt in München, namentlich infolge des fort-
währenden Mangels anständiger Arbeiter, der Ueberrückung nahe
zu macht sich dort ein bedauerliches Ueberangebot von Arbeits-
kräften bemerkbar. Es kann daher für gelehrte wie für un-
gelehrte Arbeiter keine Gewähr mehr gegeben werden, hier
Arbeitsstellen zu finden. Auswärtige Arbeiter
müssen deshalb ... nach München bringend
gemeldet werden.“

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige
Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fach-
organs. Nur kurze Mitteilungen können nach Montag-
morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen
Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag,
den 10. Dezember, der einundvierzigste Wochen-
beitrag fällig ist.

Wohnum. Am Samstag, den 4. November, fand unter
dem Vorsitz des Kollegen Hartmann unsere diesjährige General-
versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Klassen-
bericht vom dritten Quartal, 2. Jahresbericht, 3. Vorstands-
wahl, 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung
erzürte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kol-
legen Aug. Marx durch Erheben von den Sigen. Kollege Janßen
erstattete den Klassenbericht vom dritten Quartal. Die Ein-
nahmen für die Verwaltungskasse betragen 6090,23 M, die der
Kassakasse 1829,39 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse
des Quartals 715. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.
Zu Punkt 2 gab Kollege Janßen den Jahresstellenbericht und
Kollege Hartmann den Geschäftsbericht. Die Einnahmen für
die Verwaltungskasse betragen im Jahre 1908/09 23 M, die der
Kassakasse 3013,71 M. An Krankengeld wurden für 792 Tage in
32 Fällen 526,85 M ausbezahlt. An Rechtschutz wurde für
2 Fälle die Summe von 26,10 M bewilligt. Aus dem Bericht
des Vorsitzenden war folgendes zu entnehmen. Die Aus-
tätigkeit war in diesem Jahre eine gute, so daß es der Leitung
nicht immer möglich war, genügend Arbeitskräfte zu stellen.
Die Frühjahrssagitation hatte einen guten Erfolg. Versammlun-
gen wurden 25 abgehalten, 24 ordentliche und eine mit den
übrigen Verufen zusammen. In den Versammlungen wurden 14
Vorträge gehalten, und zwar sieben gewerkschaftliche, vier sozial-
politische und drei volkswirtschaftliche. Außer den Vorträgen
wurden noch 15 Berichte gegeben. Durch den Tod sind uns
zwei Mitglieder, die Kollegen Brinmann und Marx, entziffen
worden. Delegeiertenkassungen wurden eine Anzahl abge-
halten. Der Besuch derselben war kein guter. Auf diesem
Gebiete muß im kommenden Jahre unbedingt eine Besserung
eintreten. In Bauunfällen hatten wir 21 zu verzeichnen, hierbei
wurden zwei Bauarbeiter tödlich, 14 schwer und 9 leicht verletzt.
Außerdem mußte die Beschäftigung in 28 Fällen bei den
Unternehmern vorstellig werden und die Befestigung der Miß-
stände fordern, trotzdem ein Teil derselben durch Eingreifen der
Delegierten beseitigt worden war. Hieraus ersehen die
Kollegen, daß im Punkte Bauarbeiterschutz noch vieles besser
werden muß. Zur Durchführung des Tarifvertrages mußte
der Abmann der Schlichtungskommission Kollege Weise in 34
Fällen vorstellig werden, außerdem mußten sieben schriftliche
Beschwerden eingereicht und vier Sitzungen der Schlichtungs-
kommission abgehalten werden. Zum Schluß dankte der Vor-
sitzende allen Kollegen für ihre rege Mitarbeit und ersuchte
sie, auch im kommenden Jahre in ihrer Tätigkeit nicht zu er-
lahmen. Hierauf entspann sich eine lebhafte Diskussion, an
der sich mehrere Kollegen beteiligten, und in welcher haupt-
sächlich der Bauarbeiterschutz besprochen wurde. In den Vor-
stand wurden gewählt: Kollege Hartmann als erster, Kollege
Michael Berger als zweiter Vorsitzender; Kollege Janßen als
erster, Kollege Junke als zweiter Kassierer; Kollege Stein
als erster, Kollege Piesch als zweiter Schriftführer; die Kol-
legen Schmallich und Götts als Beisitzer. Zu Revisoren wur-
den die Kollegen Menneke und Wilschiff bestimmt. Im letzten
Punkte wies der Vorsitzende auf die Gesellenauskunftswahl und
Kollege Albert Henrich auf den Unterrichtsurlaub hin. Hierauf
schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen
Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Verbandes.

Döhren (Hannover). Unsere diesjährige Generalversam-
mlung fand am 8. November statt. Es fanden folgende Punkte
auf der Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Neuwahl, 3. In-
tratte zur Bezirkskonferenz in Hildesheim, 4. Verschiedenes.
Da der Kollege Schneider (Hannover) nicht anwesend war, ver-
trat der erste Vorsitzende den Jahresbericht wie folgt. Der
Mitgliederbestand betrug im dritten Quartal 91. Aufgenommen
wurden zwei neue Mitglieder, in den freien Verband
getreten ist einer. Aus dem letztgenannten zu uns über-
getreten sind vier, ausgestoßen wegen rückständiger Beiträge
drei. Nachdem noch auf die Tätigkeit des Vorstandes und
des Ausschusses hingewiesen war, kam es zur Neuwahl. Es
wurden gewählt als erster Vorsitzender Kollege Frz. Brüning,
als zweiter Kollege Joh. Werner; als erster Schriftführer
Kollege Brinmann, als zweiter Kollege Frz. Marquardt; als
Revisor zur Verwaltungskasse Hannover wurde Kollege Joh.
Graf gewählt; als Kassierkollege die Kollegen Schollmeier
und Frz. Maier; zur Beschwerdekommission die Kollegen Frz.
Maier, Joh. Graf, Wilschiff, Manegold und Jg. Maifisch. Alle
gewählten Kollegen nahmen das Amt an. Bei Beratung der
Anträge zur Bezirkskonferenz wurde auch über die Winter-
beiträge gesprochen. Kollege Schollmeier war der Ansicht, daß
wir sparsam wirtschaften müßten, darum der Kollege Schneider
(Hannover) außer geladen nicht in der Döhrener Versammlung
erzcheinen sollte. Kollege Aug. Giesebach wies die Mit-
glieder zu besserem Versammlungsbesuch an. Nachdem dann
noch Kollege Biedr., Schollmeier über ein Wintervergütungen
unserer Zahlstelle gesprochen, der Vorsitzende auf die Pflichten
der gewählten Kollegen wie auch auf die Berichte des Zentral-
vorstandes aufmerksam gemacht hatte, schloß er die gutbesuchte
Versammlung.

Es. Am 19. November fand im Lokal Johannes unsere
Verwaltungsstellenversammlung statt. Kollege Fuchs als
Kassierer erstattete den Bericht über die Generalversammlung in
München. Die Kollegen bekundeten ihren Beifall zu den da-
selbst gefassten Beschlüssen. Kollege Fiedler aus Andernach
berichtete über die im Monat Dezember stattfindende Kranter-
kassenwahl. Er forderte die Mitglieder energisch auf, ihrer
Wahlpflicht zu genügen. Nach dem Klassenbericht vom dritten
Quartal betrug die Einnahme für die Zentrale 415,74 M, die
Mitgliederzahl 159; in letzter Zahl sind die Mitglieder der
neugegründeten Zahlstellen Dötterburg und Obermerdingen nicht
enthalten. Kollege Fuchs behauerte, daß am Bahnebau
einige junge Kollegen dem roten Druck sich gebeugt haben und
zum sozialdemokratischen Verband übergetreten seien. Sobald
die dortige Arbeit fertig ist, würden sie jedoch wieder zurück-
kehren. Zur Konferenz in Neuwied wurde Kollege Fuchs ge-
wählt. Mit der Aufforderung zu eifriger Agitation fand die
Versammlung ihr Ende.

Eszen. Am Sonntag, den 12. November, fand im Gevork-
schaftshause unsere stark besuchte Mitgliederversammlung mit
Bertrag statt. Kollege Heilmann erbitterte die Versammlung
und dankte den Kollegen für ihr Erscheinen. Er wünschte, daß
so wie heute, immer die Kollegen in der Versammlung bet-
reten sein möchten. Kollege Kirchner behandelte das Thema
„Entwicklung und jetziger Stand der deutschen Arbeiterversicherung“.
Unter „Verschiedenes“ wurde Stellung genommen zu dem Ver-
halten des Politikers Kullmann den Kollegen gegenüber. Kulle-
mann, welcher auf dem Kaiserenshof einige Jahre länger ruma-
geriert ist, haucht im Feldweibelston die Kollegen an, was
man alles andere, nur nicht anständig nennen kann. Uns-
brüde wie „Sanblanger“, „Pferdebuckel“ usw. sind ihm selbst
auf der Zunge. Dem Unternehmer, Zimmermeister Gauth,

werden wohl Nullmanns Taten nicht richtig bekannt sein, denn auf die Dauer wird wohl Harny kein Unrecht vertragen können. Allgemein wurde der Wunsch laut, Erziehungsarbeit an Nullmann vorzunehmen; zu diesem Zweck soll ihm zu Weihnachten das Buch „Kritik des Umgangs mit Menschen“ geschenkt werden. Wir hoffen aber, daß er sich bis dahin schon etwas bessert. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten der Zahlstelle erledigt waren, fand mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter die Versammlung ihr Ende.

**Mühlhausen i. G.** Das christliche Gewerkschafts-Tariff hat für Förderung der Schulung und Weiterbildung seiner Mitglieder auch diesen Winter wieder einen Unterrichts-Kursus eingeführt. In dem für diesen Kursus festgesetzten Vortragszyklus sind 9 Vorträge eingeschaltet, die in der Hauptsache der staatsbürgerlichen Schulung der Kuristen Rechnung tragen sollen. Wir geben hiermit das Programm bekannt:

1. Vortrag: Unterrichtskurse. Referent: Kollege Simons.
2. Vortrag: Die Entwicklung des Staatswesens. Referent: Prof. Dr. Spahn-Strasbourg, W. b. N.
3. Vortrag: Die Aufgaben des Staates. Referent: Kollege Köhling-Strasbourg.
4. Vortrag: Welches Interesse hat die Arbeiterchaft an der Hand-Isopolitik? Referent: Chefredakteur und Landtags-Abgeordneter Dr. Broom.
5. Vortrag: Die Isopolitik und ihre Bedeutung für die Arbeiterchaft. Referent: Kollege Gieseler, Volksvereinssekretär.
6. Vortrag: Das Steuerwesen in Staat und Kommune. Referent: Kollege Schmidt-Freiburg.
7. Vortrag: Die Sozialpolitik im Deutschen Reich. Referent: Kollege Heurich.
8. Vortrag: Wie heben wir die allgemeine Bildung des Arbeiterstandes? Referent: Kollege Vilger.
9. Vortrag: Wert und Bedeutung der Fachbildung. Referent: Kollege Heurich.

Der Kursus beginnt am Donnerstag, den 23. November, abends präzis 8 Uhr, im Lokale Burget und findet alle 14 Tage jeweils Donnerstagsabend um dieselbe Zeit statt. — Unsere Mitglieder mögen nun von dieser Einrichtung ausgiebigen Gebrauch machen. Kollegen! Wissen ist Macht!

**Zimmerer.**

**Bezirk Münster.** (Moderne Festschnecke.) Wir sind die einzig wahre Arbeiterorganisation, die für die Rechte der Arbeiter eintritt, die wirklich und mit Nachdruck für die Freiheit derselben sich betätigt. So und in ähnlichen Variationen preist sich bei jeder Gelegenheit der rote Zimmererverband in seinem Verbandsorgan und seinen Flugblättern den Zimmerern an. Einzig ernst nehmen wir es mit der Wahrung des Koalitionsrechtes, so kann man es weiter hören. Nur im Sozialismus kommt die Brilberlichkeit der Arbeiter untereinander zur vollen Geltung, so salubert stets die gesamte Genossenschaft, ganz gleich, ob politische oder gewerkschaftliche. Sehen wir uns weiter den Inhalt genannter Presse an, so lobt sie anlässlich der jetzigen Teuerung über die Verworfenheit der bestehenden Gesellschaftsordnung, über den „Raubzug“ auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung durch die jetzige Wirtschaftspolitik, die uns den letzten Wiesen im Grunde verteuert, so daß die Ausgaben für den Lebensunterhalt nicht mehr aufzubringen sind. Bei einer solchen Auffpielung als einziger Anwalt der Arbeiterrechte müßte es nun ausgeschlossen sein, daß man Arbeiter durch eben diesen Anwalt in der jetzigen Zeit der Teuerung brotlos macht. Gründlich daneben geschossen. Reist da im Oktober ein christlich organisierter Zimmerer nach Bielefeld und tritt da in Arbeit. Sofort treten die Verfechter der Freiheit in Aktion. Ueberschreiben lassen in den „teutschen Zimmererverband“, sonst kannst du hier nicht arbeiten. Gibt's nicht, sagt unser Kollege, ich bin christlich organisiert und damit schluß. Resultat: Entlassung unseres Kollegen durch den Unternehmer. Er erhält darauf Arbeit bei einer anderen Firma. Als die Mitglieder des roten Zimmererverbandes erfahren, daß er zu den verhassten Christen gehört, ergeht wiederum die Aufforderung an ihn, sich überschreiben zu lassen in die „einzig richtige“ Organisation, den „teutschen Zimmererverband“, sonst könne er nicht weiterarbeiten. Unser Kollege, der Rückgrat besitzt, gibt auch diesen die richtige Antwort. Er wird bei dieser Firma auf drei verschiedene Baustellen geschickt, überall dieselben Drohungen. Da unser Kollege sich nicht in die rote Zwangsjacke hineinpressen lassen wollte, erlachte ihn das Schicksal, nämlich er bekam wieder seine Entlassung. Nur schade, daß diesen Tarifbrechern nicht durch Inanspruchnahme der Schlichtungskommission der Tarifbruch einwandlos nachgewiesen wurde. (Der Betroffene meldete diese Vorgänge erst in Münster auf dem Bureau, als er hier zurück.) Ist es nicht geradezu eine Grausamkeit sondergleichen, bei den jetzigen teuren Zeiten Arbeiter durch Arbeiter brotlos zu machen, weil sie ihre innere Überzeugung nicht preisgeben wollen? Christliche Zimmerer, gebt diesen Schändern der Arbeiterrechte, diesen Handlangern einer neuen Zuchtstrasse, die einzig richtige Antwort, indem ihr energisch die Bearbeitung für unsern Verband betreibt. Vollständig richtig haben die Zimmerer im Bezirk Münster gehandelt, als sie den Agitatoren des roten Verbandes den Stuhl vor die Tür setzten. Ist es gewiss gesagt, wenn wir eingangs diese roten Gesellen als moderne Festschnecke bezeichneten?

**Oberhausen.** Am Sonntag, den 5. November, vormittags 10 Uhr, tagte hier unsere Vierteljahres-Verwaltungsstellenaus-schussung. Anwesend waren 14 Delegierte. Berieten waren die Zahlstellen: Bruchhausen, Süderich, Hamborn, Marploß, Neumühl, Oberhausen, Nierfeld, Stertrabe (W. u. W.), Stertrabe (Stuttkaure) und Wesel. Nicht vertreten war die Zahlstelle Dinslaken. Zur Tagesordnung stand: 1. Kassen- und Quartalsbericht. 2. Festsetzung der Winterbeiträge. 3. Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung in München. 4. Unsere Aufgaben für den Herbst und Winter. 5. Verschiedenes. Nach der Eröffnung durch den ersten Vorsitzenden wurde zunächst an Stelle des von hier abgereichten zweiten Vorsitzenden H. Franz Köcher, Hamborn, der Kollege Breuer, Stertrabe (Stutt.), gewählt. Den Kassen- und Quartalsbericht gab der Kassierer Kollege Jekädt. Derselben ist zu entnehmen: die Gesamteinnahme für verkaufte Marken betrug 4220,50 M., davon für die Hauptkasse 3059,82 M. Die Ausgaben der Hauptkasse betragen an Krankenunterstützung 112,65 M. Eingekandt wurden 2947,17 M. Die Einnahmen der Verwaltungsstelle betragen inf. Kassenbestand vom 2. Quartal, 1464,52 M., die Ausgaben 1103,41 M., bleibt Bestand 361,11 M. Der durchschnittliche Markenverkauf beträgt pro Mitglied 11. Dieses Resultat ist nicht als befriedigend anzusehen und müssen hier die einzelnen Zahlstellen vorstände die Kollegen mehr an ihre Pflicht erinnern. Besser ist die Entwicklung der Mitgliederzahl. Es wurden neu aufgenommen 144 Kollegen, während vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband 6 Kollegen zu uns übertraten. Die Mitgliederzahl erhöhte sich gegen das 2. Quartal um 54. Jedoch auch hier hätte noch mehr erreicht werden können, wenn die Kollegen auf der Baustelle mehr die Agitation betrieben hätten. Besonders das Baudelegiertenwesen liegt, abgesehen von einigen größeren Arbeitsstellen, sehr im argen. Wir möchten daher auch an dieser Stelle auf diesen wichtigen Lebensnerv der Organisation hinweisen und die Kollegen ermahnen, hier mehr ihre Pflicht zu tun. Ein Baudelegierter muß auf jeder Arbeitsstelle sein. Neugegründet wurde im Laufe des Quartals die Zahlstelle Stertrabe (Stuttkaure). Dort ist es auch zum Tarifschluß mit den Unternehmern des Studgewerbes gekommen, wodurch für die Kollegen ein Stundenlohn von 72 Pf. festgelegt ist. Mögen die Maurer in Stertrabe sich hier ein Beispiel nehmen und auch

alle der christl. Organisation beitreten, damit auch sie ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich regeln. Löhne werden da gezahlt von 50—54 Pf. pro Stunde, während in den angrenzenden Orten 57 Pf. gezahlt werden müssen. Die Zahlstelle Bruchhausen wurde, nachdem sich diese durch den Wegzug der Kollegen im 2. Quartal aufgelöst hatte, wieder neugegründet und zählt heute über 30 Kollegen. Die Arbeitszeit war, außer Oberhausen, wo in der Verichtszeit eine ziemliche Flau herrschte, durchweg günstig. In Dinslaken war sie sehr gut. Aber gerade da hat die Organisation schlechte Fortschritte gemacht. Viel Schuld daran trägt das, daß hier immer mehr breitmachende Affordbewesen. Die Kollegen glauben, da den Verband nicht mehr nötig zu haben. An die tarifliche Arbeitszeit wird sich da sehr wenig gestört. Diese Zierrenlosigkeit werden die dortigen Bauarbeiter noch zu spüren bekommen. Im Punkt 2: Winterbeiträge, wurde beschlossen, diese in der Höhe wie im Vorjahre zu erheben, sie betragen also für den Winter 2,40 M. Erhöhen werden diese wie folgt: Nach Erledigung der statutenmäßigen Beitragspflicht zahlt jeder Kollege 1,20 M. Erst nachdem wird die Schlussmarke für dieses Jahr geklebt. (Diese Marke muß geklebt sein, ehe ein neues Buch ausgegeben wird, und machen wir die Kollegen besonders darauf aufmerksam.) Für die übrige Zeit, wo die Kollegen hier sind, sind pro Woche 10 Pf. zu zahlen. Im Punkt 3 wurden die Beschlüsse der Generalversammlung erläutert und besprochen und auf deren strikte Durchführung hingewiesen. In Zukunft sind bei der Aufnahme neben dem üblichen Eintritt 15 Pf. für ein Futtermal zu erheben. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Gewährung der jugendlichen Kollegen zu legen, hierfür sind die auf dem Verbandstage beschlossenen Bedingungen maßgebend. Die auf dem Verbandstage gehaltenen Referate sind in Broschüren zu 5 und 10 Pf. fertiggestellt und werden die Kollegen ersucht, sich diese auch zu kaufen. Neben der Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete, muß die geistige Bildung gefördert werden, dieses ist nur möglich, wenn wir alle uns gebotene Gelegenheit dazu benutzen. Der vorgeschlagenen Zeit wegen mußte der Punkt 4: Unsere Aufgaben für den Herbst und Winter, von der Tagesordnung abgesetzt werden, dieses Referat soll möglichst in den Jahrestellenversammlungen gehalten werden. Nachdem im Punkt Verschiedenes noch einige Fragen über innere Angelegenheiten der Verwaltungsstelle besprochen waren, wurde die Versammlung geschlossen. Auch das 3. Quartal hat uns wieder einen Zuwachs an Mitgliedern gebracht. Es zeigt sich, daß wir am Marschieren sind. Dieses Vorwärts muß anhalten. Es wird anhalten, wenn alle Kollegen in der Agitation ihre volle Schuldbigkeit tun. Nach viele Kollegen sind unorganisiert, aber auch viele sind es noch, die zu uns gehören und heute noch im sozialdemokratischen Bauarbeiterverband organisiert sind. Auch diesen müssen wir klar machen, daß ein christlicher Arbeiter auch der christlichen Organisation beitreten hat. Nur in dieser werden die religiösen und politischen Überzeugungen jedes einzelnen geachtet. Hier werden keine Verbandsgebühren für politische Zwecke geopfert, wie dieses jetzt wieder im roten Bauarbeiterverband überall geschieht. Auch die Generalversammlung des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Mühlheim-Oberhausen, hat am 27. Oktober beschlossen, dem sozialdemokratischen Wahlkomitee für die kommende Reichstagswahl 300 M. zu überweisen. Ob den Kollegen, die da glauben, es sei gleich, wo sie organisiert seien, wenn sie nur einer Organisation angehören, noch nicht die Augen aufgehen? Ob sie noch nicht einsehen, wohin sie geführt werden sollen? Wenn sie es nicht einsehen, dann wollen wir für Aufklärung sorgen. Feld für Be-arbeitung ist noch genügend vorhanden. Benutzen wir die Zeit, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

**Habernburg.** Hier herrscht augenblicklich eine gute Konjunktur und scheint diese sich auch für das nächste Jahr fortsetzen zu wollen. Daraus sollte ohne weiteres hervorgehen, daß auch innerhalb unserer Zahlstelle ein gutes Leben herrscht, das kriecht aber nicht zu. Wohl zahlen die Kollegen pünktlich ihre Beiträge, damit glauben sie ihrer Pflicht genügt zu haben, Versammlungen zu besuchen betrachten sie als „Rebensache“. Ist das richtig gehandelt? Das kann für die Dauer nur verderblich und schädigend wirken, besonders wenn man dabei folgendes in Betracht zieht: Wir haben diesen Sommer eine Lohnbewegung geführt, die uns eine Lohnerhöhung von 4 Pf. brachte, davon 2 Pf. ab 1. April nächsten Jahres. Die Unternehmer hatten brieflich und mündlich versprochen, den Tarif zu unterschreiben, nachdem die Bedingungen gemeinsam vereinbart waren. Doch sie wurden wortbrüchig und lehnten die Unterschriften ab, und zwar wie Unternehmer Feldmann in einem erregten Augenblick ausplauderte, weil sie dann im nächsten Jahre auch die vereinbarten 2 Pf. Lohnerhöhung zahlen müßten. Es wurde dann bei einzelnen Unternehmern die Arbeit niedergelegt, was uns die Unterschrift bei denselben brachte, doch waren dies nur die Hälfte der Unternehmer, wenn sie auch die Mehrheit der Bauarbeiter beschäftigen. Bei den übrigen ließ sich dieses nicht durchsetzen, weil entweder die Konjunktur oder die Organisationsverhältnisse es unmöglich machten. Hierzu kommt, daß ein Unternehmer, welcher den Vertrag unterschrieben hat, in seinem Verger über denselben herausplachte: „Wenn ich auch unterschrieben habe, so mache ich doch, was ich will.“ Diese Vorgänge sagen deutlich genug, daß, wenn die Organisation nicht tadellos funktioniert, Unternehmer sofort bereit sind, sich an den abgeschlossenen Tarif nicht mehr zu halten und dann im nächsten Frühjahr einfach die 2 Pf. nicht zahlen werden. Wollen sich die Kollegen daher nicht der Gefahr einer empfindlichen Schädigung durch eigenes Verschulden aussetzen, so müssen sie alles daran setzen, den Rest der Unorganisierten für unseren Verband zu holen und sich selbst als tüchtige Gewerkschafter herauszubilden. Dazu gehört neben dem fleißigen Lesen der „Baugewerkschaft“ auch das Studieren sonstiger Gewerkschaftsliteratur. Deshalb, Pappenburger Kollegen, herunter vom Kopfe die Schlafmütze, nicht nur die Beiträge zu zahlen, sondern stets die Versammlungen besucht und fleißig an der geistigen Weiterbildung gearbeitet, nur so werdet ihr es vermögen, die sich neuer Aufwärtsbewegung in den Weg stellenden Hindernisse zu beseitigen. Zeigt euch als Männer, die die Zeichen der Zeit verstehen.

**Isfauhausen.** Am 19. November fand in Isfingen im „Gasthof zur Heimat“ auf Veranlassung des christlichen Metallarbeiterverbandes bzw. dessen Vorsitzenden, Kollegen Date, eine Versammlung statt, zu welcher auch die Vorstände und Delegierten der verschiedenen Berufsgruppen des Bezirks erschienen waren, um endgültig Stellung zu nehmen zur Gründung eines Ortskartells. Kollege Date, welcher am 29. Oktober hierüber schon in einer Versammlung in Isfingen referierte, leitete diese Versammlung. In der einzelnen Verwaltungsstellen war zuvor die Sache beraten und das Ergebnis der Versammlung mitgeteilt. Zur Gründung eines Ortskartells, Sitz Isfingen, und zum Anschluß an dasselbe erklärten sich bereit die Verwaltungsstellen: der christlichen Metallarbeiter, der Maler, der Hilfs- und Transportarbeiter in Isfingen, der Holzarbeiter in Steinbach und der Bauarbeiter in Isfauhausen. Unsere Verwaltungsstelle war vertreten durch Kollegen Häberle, Vorsitzender, und Thomas Mayer als Delegierte. Als Hauptzweck betrachtet die Versammlung die Gründung des Ortskartells Isfingen, um im Bezirk eine intensivere Agitation zu entfalten. Gewählt sind: Date als Vorsitzender, Böhle als Schriftführer, Beides Metallarbeiter in Isfingen, als Kassierer Jeller (Maler) in Isfingen, als Beisitzer: Franz Gyle (Holzarbeiter) in Steinbach und Thomas Mayer (Bauarbeiter) aus Isfauhausen. Es werden jährlich vier Kartellversammlungen abgehalten, und zwar zwei in Isfingen und zwei in den angeschlossenen Ortschaften. Der jährliche Beitrag beträgt pro Mitglied 52 Pf. In einer am 5. November von unserer Verwaltungsstelle einberufenen Ver-

sammlung wurde beschlossen, während der Wintermonate 10 Pfennige Sozialbeitrag pro Woche zu erheben.

**Kimpar.** Trotz des Kirchweihfestes war unsere Mitglieder-versammlung fast vollständig besetzt. Der Vorsitzende gab darüber seiner Freude Ausdruck. Kollege Behringer, Mühlburg referierte über „freie“ Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Er zeigte uns, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften diesen Namen zu Unrecht führen, daß sie vielmehr in Geist und Bestrebungen mit der Sozialdemokratie eins sind. Sie führen den schärfsten Kampf gegen alles, was nicht sozialdemokratisch ist, ganz besonders gegen die christlichen Gewerkschaften. Davon wissen auch die Kimparer Kollegen, insbesondere die, die in München arbeiten, ein Lied zu singen. In drastischer Weise schilderte er, mit welchem Recht uns die „freien“ Gewerkschaften „Arbeiterzersplitterung“ vorwerfen können. Dieser Vorwurf fällt einzig und allein auf sie selbst zurück. Nachdem er die Kampfesweise der Sozialdemokratie gegen uns an tatsächlichen Beispielen beleuchtete, kam er auf die Beschlüsse der Münchener Generalversammlung zu sprechen. Insbesondere wies er auf die Gewinnung der jugendlichen Arbeiter für unsere Organisation hin. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Es wurde beschlossen, die Broschüre „Die geistige Bildung des Arbeiterstandes“ von Dr. Sonnenstein für jedes Mitglied zu beziehen. Zum Schluß wurde noch eine Sammelliste zum Besten der ausgesperrten Tabakarbeiter in Rheinland-Westfalen herumgereicht, da dieselben uns bei der großen Bauarbeiteraus-spernung ebenfalls unterstützten. Das Ergebnis der Sammlung war 11,30 M. und wurde die Summe zwecks Ueberweisung dem Kollegen Behringer eingehändigt. Mit der Aufforderung, tüchtig weiterzuarbeiten und sich so auszubilden, daß wir die Angriffe der Gegner jederzeit sachlich widerlegen können, wurde die schon verkaufte Versammlung geschlossen.

**Moselkerheide.** Am Sonntag, den 19. November, fand hier eine Versammlung statt, zu welcher die Kollegen Krämer und Kasteleiner, Mühlburg, erschienen waren. Nach einem kurzen Vortrag über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus dieser gingen hervor die Kollegen: Anton Glasmacher als erster und Christian Brand als zweiter Vorsitzender; Andreas Otten als Schriftführer und Matthias Bühl-Neuenbaum als Kassierer. Die Kollegen versprachen, eifrig die weitere Entwicklung der Zahlstelle zu wirken. Als Versammlungstotal wurde die Wirtschaft Herter gewählt, wo am 8. Dezember, vormittags 11 Uhr, die nächste Mitglieder-versammlung stattfinden soll.

**Stuttkaure.**

**Stertrabe.** Unsere im September gegründete Zahlstelle entwickelt sich gut, haben doch auch die jetzigen Stuttkaure-Kollegen eingesehen, daß nur eine gut ausgebaute Organisation für sie von Vorteil sein kann. Dieser Vorteil macht sich besonders in dem mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarif bemerkbar. Der Stundenlohn ist darin festgelegt, bei einer zehnständigen Arbeitszeit in diesem Jahre mit 70 und im Jahre 1912 mit 72 Pf. pro Stunde. An den am 15. Oktober getätigten Vertreterwahlen zur jetzigen Ortskartellversammlung trat auch unsere Zahlstelle lebhaft für die Wahl der christlichen Liste ein. Auch hier war der Erfolg ein schöner. Abgegeben wurden für die christliche Liste 143 und für die sozialdemokratischen Gewerkschaften 44 Stimmen. Im Lager der Genossen scheint es überhaupt nicht so recht zu stimmen. Während die roten Buchdrucker und Stuttkaure ihre Wahlrechte ausübten, konnte man beobachten, daß die roten Maurer sich gar nicht an der Wahl beteiligten. Oder sind keine mehr da? Am Dienstag, den 7. November, tagte im Lokale des Herrn Süßenfern, Süßenstr., unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung. Der Besuch war ein guter. Es waren fast alle Kollegen anwesend. Eröffnet wurde die Versammlung durch den ersten Vorsitzenden Kollegen Streufens. Nach einer Besprechung der letzten Ortskartellversammlungs- und einiger Anträge zur Generalversammlung der Kartell-kasse wurde beschlossen, bei der kommenden Gefellenausschusswahl der Baugewerkschaft für die Wahl christlich organisierter Kollegen zu sorgen und die Vorbereitungen dafür zu treffen. Kollege Jekädt, Oberhausen, gab einen Bericht über die Verwaltungsstellenaus-schussung. Die Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, anerkannt, und erklärten sich die Anwesenden bereit, für strikte Durchführung sorgen zu wollen. Von Kollege Jekädt wurde Johann noch die Vermählung des roten Stuttkaureverbandes mit dem roten Bauarbeiterverband besprochen. Er wies darauf hin, wie jetzt die bei vielen Kollegen anzutreffende Ausrede, sich nur in einem reinen Stuttkaureverband zu organisieren, hinfällig sei. Bisher haben die „Genossen“ immer mit ihrer Selbständigkeit agitiert, haben damit unstreitig manchen Kollegen in ihre Reihen gezogen, der in seiner Weltanschauung zu uns gehört. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo auch diese Kollegen sich die Frage vorlegen müssen, ob sie als christliche Arbeiter noch weiter einer sozialdemokratischen Organisation angehören wollen. Diese Frage kann nur mit nein beantwortet werden. Für einen christlichen Stuttkaure kann fernerhin nur der Zentralverband christlicher Bauarbeiter als Vertreter seiner wirtschaftlichen Interessen gelten. Sollte demnach ein Kollege im Zweifel sein, so möge er an das Bestreben denken, welches in den sozialistischen Verbänden dahin geht, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zuzuführen. Besonders jetzt ist dieses zu beobachten, wo neben dem sonstigen Eintreten für die Sozialdemokratie, die Verbände der sozialdemokratischen Partei Gelder zur Reichstagswahl überweisen. Auch darunter sind Groschen, die von nichtsozialdemokratischen Mitgliedern gezahlt sind. Diese Ausführungen fanden allgemein Beifall und versprachen die Kollegen, hier für die nötige Aufklärung sorgen zu wollen. Ein Kollege erklärte in der Versammlung seinen Austritt vom roten Stuttkaureverband zu uns. Andere wollen es in den nächsten Tagen tun. Nachdem noch der Kollege Dohmen zum Kartelldelegierten bestimmt war, wurde die Versammlung geschlossen. Kollegen, benutzen wir die günstige Agitationsgelegenheit, zu jeder seine Pflicht, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

**Trier.** Unsere Verwaltungsstellenkonferenz, welche am Sonntag, den 12. November, stattfand, erfreute sich trotz der schlechten Witterung eines guten Besuchs. Alle Zahlstellen, mit Ausnahme von Einzelnich, Schöndorf und Morcheid, waren vertreten. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Quartalsbericht, 2. Agitation, 3. Innere Reformen und 4. Verschiedenes. Kollege Baque eröffnete die Konferenz und gab zugleich den Quartalsbericht. Eine erfreuliche Entwicklung zeigte das dritte Quartal nach allen Seiten. Die Einnahmen sind von 2518,10 M. im zweiten Quartal auf 3143,75 M. im dritten Quartal gestiegen. Ein Mehr von 625,65 M. An Unterstützungen wurden gezahlt: für Rechtschutz 0,80 M., für Krankenunterstützung 261 M., für Sterbeunterstützung 40 M. und für Gemah-regelunterstützung 62,50 M. An die Hauptkasse wurden abgeführt 1941,59 M. Die Einnahme der Sozialkasse betrug 339,36 M., die Ausgabe 657,86 M. Bleibt Bestand 181,50 M., wovon in den Zahlstellen 86,80 M. verbleiben. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des dritten Quartals 532. Aufgenommen wurden 113 Mitglieder, davon 8 Uebertritte aus dem roten Bauarbeiterverband. Die gegenwärtige Mitgliederzahl dürfte nach den erfolgten Aufnahmen und Uebertritten auf über 600 angewachsen sein. Trotz der erfreulichen Entwicklung müßte der Erfolg noch besser gewesen sein, wenn einige Kassierer ihren Posten mit mehr Idealismus und nicht als eine Geschäftssache betreiben hätten. Dies muß für die Folgezeit anders werden. Die Disziplin zeigte auch neuen erfreulichen Geist. Alle Kollegen waren sich darin einig, daß die vorhandenen Gemüths-Verhältnisse werden müssen. Unser Bezirksrat behandelte den zweiten Punkt der Tagesordnung. In vorzüglicher Weise wurden uns

